



Siemensring 54
76761 Rülzheim

Telefon 07272/3648
Telefax 07272/76612

e-Mail:
Stiftung-fuer-Oekologie-
u-Demo@t-online.de

www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de

VR – Bank Südpfalz
BLZ: 548 625 00
Konto Nr.: 2000 – 19 410
11. September 2010

Presseerklärung zum

„Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2010“

10 Jahre – Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft Ritter: Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ist Voraussetzung für ein ökologisches Wirtschaftswunder

Im Jahr 2000 hat der Vorsitzende der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Hans-Joachim Ritter, gemeinsam mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller den Gründungstag der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., den 12. September, als „Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ ausgerufen. Seit 10 Jahren wird dieser Tag begangen. Auch das Umweltbundesamt hat diesen Tag seither in seinen Jahreskalender aufgenommen.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1992 setzt sich die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. dafür ein, dass dem ökologischen Strukturwandel mit marktwirtschaftlicher Dynamik zum Durchbruch verholfen wird. Sie stützt sich dabei auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse ihres Kuratoriumsmitglieds, des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger aus St. Gallen, der schon 1983 mit seinem Werk „Arbeit und Umweltzerstörung“ die Grundzüge einer ökologischen Steuerreform skizziert hat. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Grunderkenntnis, dass das, was teuer ist, eher zum Sparen als zur Verschwendung anregt. So entwickelte er – gestützt auf dem Verursacherprinzip – die Idee einer Energiebesteuerung bei gleichzeitiger Entlastung der Lohnnebenkosten zur Erzielung einer Aufkommensneutralität auf nationaler Ebene.

„Das Preissignal ist immer noch das stärkste Signal, damit Menschen ihr Verhalten ändern“, sagte Bundespräsident a.D. Horst Köhler in einem FOKUS-Interview vom

Vorstand

Vorsitzender: Hans-Joachim Ritter, Rülzheim; stellv. Vorsitzender: Manfred Hennig, Zweibrücken; Schatzmeister: Ulrich Brehme, Osnabrück

Mitglieder des Kuratoriums

Dr. Franz Alt, Baden-Baden; Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, Speyer; Hermann Benjest, Asendorf; Mathias Berkel, Ludwigshafen; Josef Berker, Wachenheim; Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, St. Gallen (Schweiz); Bundesminister a.D. Dr. Norbert Blüm, Bonn; Prof. Dr. Klaus Buchner, München; Prof. Dr. Kurt Egger, Heidelberg; Prof. Dr.-Ing. Manfred Norbert Fisch, Leonberg; Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler, Gleisweiler; Baron Georg-Enoch Freiherr von und zu Guttenberg, Guttenberg; Weihbischof Ernst Gutting, Speyer; Horst Haitzinger, München; Günter Hannich, Lappersdorf; Dr. Sigrid Hopf, München; Dr. Hans Kronberger, Wien (Österreich); Prof. Dr. Heinrich Frhr. von Lersner, Berlin; Prof. Dr. Dietfried Günter Liesegang, Heidelberg; José Lutzenbergert, Umweltminister a.D., Porte Alegre-RS (Brasilien); Hans Mangold, Kempten; Dr. Rainer Matejka, Kassel; Günter Nooke, Berlin; Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Ulm; Vizekanzler a.D. Dipl.-Ing. Dr. Josef Riegler, Graz (Österreich); Hans-Joachim Ritter, Rülzheim; Kai Schlegelmilch, Berlin; Prof. Dr. Anton Schneider, Neubeuern; Prof. Dr. Hans See, Maintal; Prof. Dr. Josef Seifert, Triesenberg/Vaduz (Liechtenstein); Prof. Dr. Michael Succow, Wackerow; Wolfgang Templin, Berlin; Antoine Waechter, Fulleren (Frankreich); Oberbürgermeisterin a.D. Beate Weber, Heidelberg; RA Prof. Dr. Edgar Weiler, Frankfurt a.M.; Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

„Ökologia“ – Botschafterin der Ökologie 2010: Staatssekretärin Jacqueline Kraege, Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz RLP
Träger des „Goldenen Baumes“ 2010: Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler

Träger des „Europäischen Friedenspreises“ 2007: Jean-Claude Juncker, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg

22.3.2010 und bemerkte weiter: „**Wir müssen jetzt den Paradigmenwechsel hin zu einer Wirtschaftsweise einleiten, die unser Planet verkraftet und die letztlich auch mehr Sinn stiftet.**“

Als Umweltministerin sagte auch Angela Merkel 1997 in einem Interview mit der FAZ: „**Energie ist heute zu billig. Es müssen aus meiner Sicht gezielt die Steuern auf Energie angehoben werden, sei es über Mineralöl, Heizgas oder Strom. Der gewünschte umweltpolitische Lenkungs- und Lerneffekt tritt freilich nur ein, wenn klar ist, dass die Steuersätze über Jahre allmählich angehoben werden.**“

Wolfgang Schäuble stellte 1998 in seinem Buch „Und sie bewegt sich doch“ klar: „**Die grundsätzlichen Einwände gegen eine Verteuerung des Ressourcenverbrauchs sind sicher ernst zu nehmen, aber letztlich nicht durchschlagend.**“

Die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. nimmt jährlich den „Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ zum Anlass, um aktuell die Situation zu analysieren.

Grundsätzlich positiv werden die Einführungen der Öko-Steuer, des Emissionshandels und die Wirkungen des EEG bewertet. Doch heute gilt in der Regel immer noch: Wer sich ökologisch verhält, wird bestraft, wer sich unökologisch verhält, wird belohnt (z.B. Bahnfahren ist zum Teil teurer als fliegen. – Atomstrom ist billiger als Öko-Strom, obwohl die externen Kosten des Atommülls unvorstellbar hoch sind.) Wettbewerbsverzerrungen durch fehlende Besteuerung von Kerosin bzw. Subventionen für umweltschädliches Verhalten. Das Steuer- und Abgabensystem lenkt immer noch in die falsche Richtung. Diese Regel muss endlich umgedreht werden!

Deshalb plädiert die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. für folgende Maßnahmen:

1. Der im Sparpaket der Bundesregierung für 2011 vorgesehene Subventionsabbau und die ökologische Neujustierung einschließlich der Rücknahme von Ausnahmeregelungen bei der Ökologischen Steuerreform wird begrüßt. Die heftige Kritik von 6 Wirtschaftsverbänden über den Abbau von Vergünstigungen bei der Öko-Steuer ist zu vernachlässigen, da die energieintensiven Branchen seit Einführung der Öko-Steuer in den Genuss dieser Vergünstigungen gekommen sind. Auch die zum 1.1.2011 vorgesehene Luftverkehrsabgabe wird begrüßt.

2. Allerdings wird dabei zu kurz gesprungen. Weitere ökofiskalische Instrumente hätten die ökologische Lenkungswirkung erhöht und den Sozialabbau verhindern können.

3. Umweltschädliche Subventionen sollten abgebaut werden. Dazu hat das Umweltbundesamt im Jahr 2008 eine Studie herausgegeben, wonach sich die umweltschädlichen Subventionen auf mehr als **48 Milliarden Euro jährlich** belaufen.

„**Diese Subventionspolitik ist nichts anderes als eine Form der politischen Korruption. Wir fordern einen radikalen Rückschnitt der Subventionen.**“ (Guido Westerwelle, Interview 2004 als FDP-Vorsitzender in der „Thüringer Allgemeinen“)

Die großen Brocken sind:

- Flugverkehr:
Fehlende Kerosinsbesteuerung: 8,7 Mrd. €
+ Mehrwertsteuerbefreiung: 4,2 Mrd. €
12,9 Mrd. €
- Autoverkehr:

Dienst- und Firmenwagenbe- steuerung:	9,0 Mrd. €
Dieselbesteuerung:	6,2 Mrd. €
Abwrackprämie:	<u>5,0 Mrd. €</u>
	20,2 Mrd. €

Für die ersatzlose Abschaffung der Entfernungspauschale treten wir nicht ein.
Fahrtgemeinschaften bzw. ÖPNV-Nutzer sollten weiterhin in den Genuß kommen!

- Atomenergie:
1950 – 2008: 131,8 Mrd. € Finanzhilfen = durchschnittlich 3,9 Cent/kWh (ohne externe Kosten)!

Dies sind 60,8 Mrd. € direkte Finanzhilfen,
64,8 Mrd. € Steuervergünstigungen,
6,2 Mrd. € Emissionshandelsvorteile

- Kohlesubventionen: 432 Mrd. € (1950 – 2008). Bis 2018 jährlich weitere 7,1 Mrd. € für Steinkohle + 4,3 Mrd. € für Braunkohle

Die externen Effekte sollten durch Umweltsteuern internalisiert werden.

- Externe Kosten Flugverkehr:

Klimakosten: 5,5 Mrd. €
Lärm: 0,4 Mrd. €
Luftver-
schmutzung: 0,5 Mrd. €
6,4 Mrd. €

- Autoverkehr:

Unfälle: 41,7 Mrd. €
Lärm: 8,7 Mrd. €
Luftverschm. 7,1 Mrd. €
Klimakosten 10,7 Mrd. €
Natur- und
Landschafts-
verbrauch: 3,0 Mrd. €
Down- und
Upstream-
kosten: 4,6 Mrd. €
Zusatzkosten
städt. Raum: 1,1 Mrd. €
77,0 Mrd. €

- Atomenergie:
Zwischen 4,2 und 11.413,4 Mrd. € durch unterschiedliche Risikobewertung und Diskontierung
- Kohleenergie:
12,5 Mrd. €/Jahr = 6,4 Cent/kWh

4. Das Instrument der Öko-Steuerung wird zur ökologischen Lenkung in zu geringem Umfange genutzt. Der Anteil der umweltrelevanten Besteuerung ist von 1970

von 6 % auf 4,9 % (Steuerschätzung Mai 2010) gesunken. Mit einer kontinuierlichen Verteuerung des Energieverbrauchs durch eine linear steigende Energiesteuer auf fossile Energien könnten zugunsten des Energiesparens und des Einsatzes erneuerbarer Energien günstigere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Zur Erreichung der Aufkommensneutralität sollten die Beiträge zur Sozialversicherung im gleichen Umfang gesenkt werden.

5. Von den 39,5 Mill. Wohnungen in Deutschland befinden sich außer den Neubauwohnungen der letzten Jahre die meisten in einem in energetischer Hinsicht unsanierten Zustand. Um hier eine Breitenwirkung zur Einsparung von Energie und CO₂-Emissionen zu entfachen, wird die **Einführung eines Abschreibungsparagrafen im Einkommensteuerrecht vorgeschlagen, aufgrund dessen die Kosten für energetische Gebäudesanierungen wie bei Sanierungen in Sanierungsgebieten oder von Objekten, die unter Denkmalschutz stehen, erhöht abgeschrieben werden können.**

Der Energieausweis ist zwar ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Doch reicht er nicht aus, um insbesondere den Althausbestand flächenhaft zu sanieren.

6. Ausweitung und Erhöhung der LKW-Maut auf Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesstraßen und Umbau der KfZ-Steuer auf die CO₂-Emissionen wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben.

7. Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel gegen Bezahlung der Emissionsrechte:

Bisher ist der Flugverkehr von der Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer befreit. Ab 2012 wird er zwar in den Emissionshandel einbezogen, aber Ausgabe von 97 % der durchschnittlichen Gesamtemissionen (2004 – 2006) + 85 % der Zertifikate umsonst. Gegenüber dem Schienenverkehr bleibt eine Wettbewerbsverzerrung.

8. Einführung von Effizienzlabels für Wirtschaft und Verbraucher als Anreiz zu mehr Wettbewerb zugunsten energieeffizienterer Systeme.

9. Einführung einer Brennelementesteuer auf laufende Atomkraftwerke:

Die Einführung einer Steuer für die Atomenergie wird begrüßt. Je nach Ausgestaltung und Höhe würde sie dazu beitragen, dass die vorhandenen Preisvorteile der Atomenergie gegenüber den erneuerbaren Energien mehr oder weniger reduziert werden.

10. Einhaltung des Atomkompromisses, d.h. Einhaltung der freiwilligen Verzichtsvereinbarung der Atomwirtschaft bezüglich der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke. Verträge und Zusagen sind einzuhalten! - Der Abschluss freiwilliger Vereinbarungen sind adäquate Instrumente einer ökologischen Marktwirtschaft. Doch es gilt, diese auch einzuhalten. – Motiviert durch die schwarz-gelbe Bundesregierung gab es Forderungen aus der Atomwirtschaft, weitere Laufzeiten vertraglich zu vereinbaren. Die Einhaltung des Atomkompromisses ist offenbar kein Thema mehr. Doch nachdem die Atomwirtschaft ihre unter der rot-grünen Bundesregierung getroffenen Zusagen heute nicht mehr einhalten will, gibt es keinen Grund, zu glauben, dass erneut festzulegende Restlaufzeiten wirklich endgültig sind. Selbst moderate Laufzeitverlängerungen von 8 Jahren, wie sie Umweltminister Röttgen anstrebt, führen in der Praxis zu einer Verdoppelung der Laufzeiten unter Berücksichtigung von Stillstandzeiten und der Übertragung von Restlaufzeiten auf neuere Meiler. Jede Stunde, die ein Atomkraftwerk länger läuft, wird noch mehr Atommüll angehäuft, für den es keine sichere Entsorgung gibt!

Für den Stiftungsvorsitzenden Hans-Joachim Ritter ist die Realisierung der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft Voraussetzung für ein ökologisches Wirtschaftswunder.